

Protokoll

Treffen Stefan Steinbichler, Viktor Weinzinger, Renate Schnee, Maria Angerer

16. März 2023, 8 bis 9:20 Uhr

Stefan Steinbichler erklärt umfassend und detailliert den aktuellen Stand der Planung bzw. der weiteren Vorgehensweise bei der Entwicklung des Areals Unterpurkersdorf:

- Als Entwicklungsareal definiert er die Fläche zwischen Bahnhofsgebäude (inklusive seiner Grundfläche und seines Vorplatzes) und „West-Spitze“ bei der Unterführung Höhe Kieslinggasse.
- Die ÖBB hat derzeit nicht vor, die Flächen zu veräußern, sondern lediglich ein Baurecht einzuräumen. Das gilt für die gesamte Fläche auf dem Areal Unterpurkersdorf.
- Auf dem Entwicklungsareal (Definition siehe oben) sollte eine Schule errichtet werden. Der Träger der Schule soll die Stadtgemeinde Purkersdorf sein. Die Kooperation mit der Gemeinde Gablitz besteht darin, dass pro Gablitzer Schüler:in eine Zahlung an die Gemeinde Purkersdorf geleistet wird. Die Errichtung der Schule hat für die Stadtgemeinde höchste Priorität und sollte nach Möglichkeit auf dem Areal Unterpurkersdorf vorgenommen werden. Zitat: „Es wird eine Schule. Fix.“ Die tatsächliche Umsetzung hängt jedoch von den handelnden Person beim Land NÖ ab. Dort sind die relevanten Entscheidungen von der nächsten Landesregierung abhängig.
- Für das Entwicklungsareal wird ein Architekturwettbewerb in Aussicht gestellt. Im Zuge dieses Architekturwettbewerbs sollten auch die Bürger:innen einbezogen werden. Wie genau, wird zu diesem Zeitpunkt des Gesprächs noch nicht erläutert.
- Derzeit ist bezüglich P+R eine Anlage mit 76 Stellplätzen sowie 48 Bike-Boxen geplant. Die Errichtung wird zu 40 Prozent vom Land NÖ, zu 10 Prozent von der Stadtgemeinde und zu 50 Prozent von der ÖBB getragen. Die Errichtung ist auf einen „unbestimmten Zeitpunkt“ verschoben, da die Baukosten explodiert sind. Kurzfristig sollte aber ein „staubfreier Zugang“ zum neuen Bahnhof geschaffen werden sowie die Errichtung von 12 Parkplätzen. Dafür sei die Fällung von drei Bäumen notwendig. Die Wegführung wird bewusst östlich des Bahnhofsgebäudes geplant, um das westliche Entwicklungsareal möglichst unangetastet zu lassen. Der Einwand von Renate Schnee, dass für einen solchen Zugang, der lediglich für Benutzer der Bahn zugänglich sein muss (d. h. nicht für PKWs) nicht notwendigerweise eine derart breite Zufahrt für die auch Bäume gefällt werden müssen, wurde zu diesem Zeitpunkt nicht entkräftet und bleibt im Raum stehen.

Im Zuge des Gesprächs entsteht eine Diskussion rund um das Thema Bürgerbeteiligung. Stefan Steinbichler erklärt, dass er unter der bestehenden Planungsgruppe eine Bürgerbeteiligung versteht. Dort seien von allen politischen Parteien zwei Vertreter:innen entsandt worden und jedem Purkerdorfer steht frei, sich beim Entsandten seiner Wahl selbst mit Wünschen zu melden. Maria Angerer will Missverständnisse vermeiden und stellt klar, dass unter einem solchen System keine Bürgerbeteiligung zu verstehen ist, wie sie im Bürger-Initiativ-Antrag gemeint war (Wortlaut: „aufbauend auf einer aktiven und verbindlichen Einbeziehung der Bevölkerung (z.B. BürgerInnenrat“). Renate Schnee erläutert das Instrument des BürgerInnen-Rat. Ein Informationsblatt wird Viktor Weinzingler übergeben. Stefan Steinbichler hat dieses bereits.

Schnee und Angerer entgegnen zudem, dass als Gesamtareal stets das gesamte Areal von „Ost-Spitze“ des geplanten P+R-Parkplatz bis zur „West-Spitze“ bei der Unterführung Kieslinggasse gemeint war. Diese Auffassung wurde auch von den Leiter:innen der Planungsgruppe Bernd Wiltschek und Sabina Kellner in einem gemeinsamen Termin im November 2021 bestätigt und im Protokoll dokumentiert (zu finden unter

https://www.bahnhofsfrauen.at/files/ugd/e69799_7f791d6c6d6a41e69e3aa03a8dfa5ccd.pdf).

Stefan Steinbichler bedauert die falsche Kommunikation durch Bernd Wiltschek und Sabina Kellner. Schnee und Angerer weisen darauf hin, dass die Betrachtung in dieser Gesamtheit sinnvoller wäre als in zwei Teilbereiche aufgeteilt, beispielsweise könnten Wegeführungen optimiert werden. Zudem wäre es denkbar, die ÖBB mit ihrem Interesse an der Errichtung von einer bestimmten Anzahl von Parkplätzen ebenfalls in den Beteiligungsprozess zu integrieren. Dann stünde das Gesamtareal zur gemeinsamen Debatte, während ein geordneter Planungsprozess mit den unterschiedlichen Stakeholdern die Berücksichtigung der einzelnen Interessen sicherstellt.

Stefan Steinbichler und Viktor Weinzingler erklären, dass es praktisch keinen Verhandlungsspielraum mit den ÖBB gibt, weil diese „ihrer eigenen Logik und den entsprechenden Vorgaben“ handeln würden. Schnee und Angerer weisen darauf hin, dass es der Gemeinde offenbar doch gelungen ist, die ÖBB von deren ursprünglichen Vorgaben abzubringen, mehr als die jetzt geplanten 76 Stellplätze zu bauen.

Im Laufe des Gesprächs präzisieren Stefan Steinbichler und Viktor Weinzingler ihre Wünsche und Vorstellungen der Einbeziehung von Bürger:innen in den weiteren Planungsprozess des Entwicklungsareals:

- Der geplante Architektur-Wettbewerb sollte nicht nur das Schulgebäude, sondern das gesamte Entwicklungsareal inklusive Bahnhofsgebäude berücksichtigen. Der sinnvolle Erhalt

des Bahnhofsgebäudes sollte im Zuge des Wettbewerbs von den einreichenden Architekt:innen geprüft werden.

- Der Anforderungskatalog für den Wettbewerb soll unter der Leitung der Planungsgruppe ausgearbeitet werden. Dabei werden die Anforderungen der Stadtgemeinde von dieser formuliert (Arbeitshypothese: Schule mit x Klassen, Kindergarten mit x Gruppen, evtl. Polizeistation, notwendige Infrastruktur wie Bäcker). Ein anderer Teil der Anforderungen an die Gestaltung des Areals wird in Zusammenarbeit mit den Bürger:innen in einem Prozess wie dem Bürgerrat ausgearbeitet. Als Endpunkt für diesen Prozess wird der Spätherbst 2023 avisiert. Außerdem sollten zusätzlich zum Bürgerrat andere Beteiligungsformate (wie z.B. Veranstaltungen im Stadtsaal) stattfinden.
- Für all diese Maßnahmen wird es ein entsprechendes Budget geben.
- Die Planungsgruppe unter Leitung von Sabina Kellner und Bernd Wiltschek hat den Auftrag, die notwendigen Schritte dafür umzusetzen. Die Planungsgruppe wird vom Bürgermeister als der zentral koordinierende Akteur für die Planung des Areals Unterpurkersdorf gesehen.

Ein weiterer Teil der Diskussion dreht sich um die Zwischennutzung des Bahnhofgebäudes. Ausgangspunkt ist die Forderung im Bürger-Initiativ-Antrag, die Stadtgemeinde („Der Bürgermeister und Gemeinderat der Stadtgemeinde Purkersdorf werden aufgefordert, sich bei den dafür zuständigen Stellen (Bundesdenkmalamt, ÖBB usw.) aktiv für den Erhalt, für eine sinnvolle Nutzung und gegen den Abriss des historischen Bahnhofgebäudes in Unter Purkersdorf einzusetzen.“). Schnee und Angerer weisen darauf hin, dass das Anliegen im Gemeinderat befürwortend beschlossen wurde. Jedoch ist in der jetzigen Situation das Bahnhofgebäude bedroht, dem Verfall preisgegeben zu sein: durch Untätigkeit öffnet man dem Vandalismus Tür und Tor, was ja bereits durch die Graffitis an den Innen- und Außenwänden sichtbar ist. Und damit riskiert man, dass bei der Gesamtplanung die Integration eines Bahnhofgebäudes unwahrscheinlicher oder weniger machbar ist. Schnee weist darauf hin, dass eine Zwischennutzung eine kostengünstige Strategie sei, das Bahnhofgebäude so weit als möglich in Schuss zu halten. Die gestalterische Energie der aktiven Gruppen, die sich im Ideenkonzept zu einer provisorischen Zwischennutzung committet haben, sollte genutzt werden. Steinbichler erwähnt, dass er das vorliegende Zwischennutzungskonzept (Kooperation verschiedener Vereine) bereits an die ÖBB weitergeleitet hat. Darüber hinaus sieht er, dass es allen freisteht mit der ÖBB über eine Zwischennutzung zu verhandeln. Er weist darauf hin, dass er nicht vorhat als Stadtgemeinde finanzielle Mittel für die Zwischennutzung oder den Erhalt des Bahnhofgebäudes zu investieren. Zum Abschluss erklären sich Steinbichler und Weininger bereit, dass sie der Bitte Schnees nachkommen, der ÖBB mitzuteilen, dass eine Zwischennutzung seitens der Stadtgemeinde befürwortet wird, um den aufkommenden Vandalismus einzudämmen.